



COMMUNE DE
Strassen

Séance du conseil communal du 16.11.2023

08
23

strassen.lu

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

08

23

Séance du conseil communal du 16.11.2023

DE

Gemeinderatssitzung
vom 16. November 2023

P04

FR

Séance du conseil communal
du 16 novembre 2023

P09

EN

Communal Council meeting
of 16 November 2023

P14



- 📍 1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen
- 📞 +352 31 02 62 - 1
- ✉️ reception@strassen.lu
- 🌐 www.strassen.lu
- FACEBOOK Commune de Strassen
- INSTAGRAM Strassen_Stroosser
- CITYAPP CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Martine Pinnel
Commune de Strassen



Pacte Climat EUROPEAN CLIMATE PARTNERSHIP
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP



ARENDE Anne
Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi Gréng



BRAUN Laurent
Conseiller - CSV



GIERENZ Tun
Conseiller - CSV



BUTLER Andrew
Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude
Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi Gréng



FISCHER Marc
Conseiller - DP



**DIESCHBURG-
NICKELS Martine**
Conseillère - DP



THEIN Daniel
Conseiller - DP



KANDEL Nicolas
Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2023

TAGESORDNUNG

- 1. Bestätigung mehrerer zeitlich begrenzter Verkehrsreglements.**
- 2. Genehmigung des Budgets für das Sozialamt für das Jahr 2024.**
- 3. Verabschiedung der Ziele des Klimapakts 2.0.**
- 4. Verabschiedung einer Vereinbarung mit der „Superdreckskesch“.**
- 5. Genehmigung eines Nachtrags zur Vereinbarung mit der a.s.b.l. Mouvement pour l’Égalité des Chances pour Tous.**
- 6. Genehmigung der Verwaltungs- und Haushaltsrechnung für die Jahre 2018, 2019, 2020 und 2021.**
- 7. Urbanismus :**
 - a) **Beschluss im Rahmen der punktuellen Änderung des Teilbebauungsplans (PAG) „Tiny Houses“.**
- 8. Festlegung der Bedingungen für die Vermietung von „Tiny Houses“ durch die Gemeinde.**
- 9. Verabschiedung des Reglements für die 12. Biennale für zeitgenössische Kunst.**
- 10. Personalangelegenheiten :**
 - a) **Schaffung einer Stelle für einen Mitarbeiter mit manueller Tätigkeit.**
- 11. Verschiedenes.**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Schöfinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Marc Fischer (DP); Jean-Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats.

Zu Beginn der Sitzung entschuldigt Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) die Abwesenheit der Mitglieder des Gemeinderats Marc Fischer (DP), Dan Thein (DP) und Jean Claude Roob (LSAP), für die die Gemeinderatsmitglieder Martine Dieschburg-Nickels (DP) und Lise Jørgensen (DP) sowie Schöfzin Betty Welter-Gaul (LSAP) stellvertretend abstimmen werden.

1. Bestätigung mehrerer zeitlich begrenzter Verkehrsreglements.

Vier dringende zeitlich befristete Verkehrsreglements, betreffend die Teilsperzung der Rue des Mérovingiens, die Teilsperzung der Rue Kaltacht (beide ab dem 30. Oktober bis zum Abschluss der Arbeiten), in der Rue des Primevères die Ampelschaltung und Sperrung ab dem 13. November bis zum Abschluss der Arbeiten und die Sperrung einer Fahrspur in der Rue des Carrefours ab dem 8. November bis zum Abschluss der Arbeiten.

Diese Verordnung wird einstimmig angenommen.

2. Genehmigung des Budgets für das Sozialamt für das Jahr 2024.

Aus dem ausführlichen Bericht von Schöfzin Betty Welter-Gaul (LSAP) geht hervor, dass für das Haushaltsjahr 2024 sowohl die Einnahmen von 803.620 € (im Vergleich zu 677.618 € im Vorjahr) als auch die Ausgaben von 822.723 € (im Vergleich zu 677.595 €) einen inflationsbedingten Anstieg aufweisen.

Die Schöfzin weist auch auf die vom Sozialamt Strassen geleistete Hilfe hin, die zu 35% an Luxemburger, zu 36% an EU-Bürger und zu 21% an Personen aus Drittstaaten ging.

35% davon sind alleinstehend, 21% sind Paare, aber es gibt auch Haushalte mit bis zu 13 Personen, von denen die meisten ein geringes Einkommen haben oder vom REVIS leben. 85 Haushalte werden von der Épicerie Sociale unterstützt, 82 erhalten Sozialhilfe und 12 haben keinen festen Wohnsitz, wobei viele Sozialhilfeempfänger in Café-Zimmern leben. In 30 Fällen

wurde finanzielle Unterstützung beantragt, 25 Haushaltshilfen, 21 Berufsausbildungen, 29 Wohnungsanträge wurden bearbeitet und 13 erhielten Hilfe bei rechtlichen Schriftstücken. Insgesamt machten die Sozialarbeiterinnen 44 Wohnungsbesichtigungen und schlugen Instandhaltungs- und Sparmaßnahmen vor, in 53 Fällen wurden Mietzuschüsse bewilligt. 21 Personen konnten an Bildungsmaßnahmen teilnehmen, während insgesamt 56 Personen an Workshops für kreatives Arbeiten und Schreinerei oder Kochen bzw. Backen ohne Lebensmittelverschwendungen teilnahmen.

Im Namen der Gemeinde dankt die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) den Sozialarbeiterinnen Vanessa Hintgen und Roxanne Moors, dem Gemeindesekretär Christian Müller sowie Laurent Reyter für deren Engagement im Sozialwesen.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) sowie die Redner der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen beziehen in diesen Dank auch die gesamte Kommission des Sozialamtes mit ihrer Vorsitzenden Josée Majerus mit ein.

Der Haushaltsplan für das Sozialamt wird einstimmig angenommen.

3. Verabschiedung der Ziele des Klimapakts 2.0.

Die Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déri Gréng) stellt die Ziele des Klimapakts 2.0 vor, bei dem die Gemeinde Strassen derzeit nur den Status einer teilnehmenden Gemeinde hat. Ziel ist es, eine erste Zertifizierung zu erhalten und sich den angestrebten nationalen Zielen bis 2030 anzunähern.

Um dies zu erreichen, will die Gemeinde Strassen den Wasserverbrauch auf dem Gemeindegebiet auf 140 Liter pro Einwohner und Tag senken; einen Anteil von 30,5% an erneuerbarer Energie für die Heizung in den Gemeindegebäuden erreichen und den Verbrauch an Heizenergie in diesen Gebäuden um 31% senken.

Der Stromverbrauch soll um 10% gesenkt und der Anteil der Photovoltaik auf 25% erhöht werden. 49% des kommunalen Fuhrparks sollen elektrisch betrieben werden, um so die Ziele des Klimapakts um 1,9% pro Jahr zu verbessern.

Um den Bürgern Energieberatungen anbieten zu können, müssen pro Jahr 10 Beratungen pro 1.000 Einwohner angeboten werden. Bei etwa 10.000 Einwohnern in Strassen entspricht dies 100 Beratungen pro Jahr.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) dankt allen, die zum Klimaziell und zum Klimapakt beigetragen haben, und erklärt, dass die Gemeinde in den kommenden Jahren versuchen wird, sich stärker im Bereich der Photovoltaik einzubringen.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) weist darauf hin, dass die entsprechenden kommunalen Zuschüsse in diesem Bereich in Strassen verglichen mit anderen Gemeinden gering sind, woraufhin Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déri Gréng) mitteilt, dass eine Änderung der ökologischen Zuschüsse bereits vorbereitet und im nächsten Haushalt vorgesehen ist.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) erkundigt sich nach der diesjährigen Weihnachtsbeleuchtung. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) bestätigt, dass man bei der reduzierten Beleuchtung bleiben werde, die wie in den vergangenen Jahren hauptsächlich um den Dorfkern herum konzentriert sein wird.

Gemeinderatsmitglied Laurent Braun (CSV) gratuliert der Gemeinde zu diesen ehrgeizigen Zielen, auch wenn in der kurzen Zeit bis 2030 nicht alles erreicht werden kann.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich nach der aktuellen Energiebilanz der Gemeinde, um sich ein Bild von der gegenwärtigen Situation und der weiteren Ausrichtung machen zu können. Sie merkt auch an, dass Gemeinden wie Bertrange und Schutrange, die praktisch zur gleichen Zeit wie Strassen dem Klimapakt beigetreten sind, in diesem Bereich schon deutlich weiter sind.

Die Ziele des Klimapakts 2.0 werden einstimmig angenommen.

4. Verabschiedung einer Vereinbarung mit der „Superdreckskesch“.

Die Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déri Gréng) erläutert die Vereinbarung mit der „Superdreckskesch“,

bei der es darum geht, das SDK-Label zu erhalten. Bisher wurde die Mülltrennung vom technischen Dienst der Gemeinde durchgeführt. In Zukunft werden alle Hausmeister der kommunalen Gebäude nach einer entsprechenden Schulung durch die SDK für die Mülltrennung in ihrem Gebäude verantwortlich sein.

Nur die Abfallentsorgung ist kostenpflichtig, während die Mitgliedschaft in der SDK und die Beratung kostenlos sind.

Auf die Frage von Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP), ob die Gemeinde auch die Verantwortung für das Einsatzzentrum trage, erklärt Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV), dass die Gemeinde verantwortlich ist, wenn die Gebäude in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist in diesem Zusammenhang auf die Platzierung der Barriere auf dem Feldweg hinter den ersten Häusern der Rue Mathias Goergen hin, wo Müll abgeladen wird, so dass hier ein Abfalleimer aufgestellt werden sollte.

Die Vereinbarung mit der SDK wird einstimmig angenommen.

5. Genehmigung eines Nachtrags zur Vereinbarung mit der a.s.b.l. Mouvement pour l'Égalité des Chances pour Tous.

Was die Anpassung der Kosten in der Vereinbarung über die schulische Unterstützung von Kindern durch die „Super Seniors“ angeht, so wird der Beitrag der Gemeinde auf 0,8 € pro Einwohner festgelegt und ist an die Erhöhung des Preisindexes gekoppelt.

Diese Anpassung wird einstimmig angenommen.

Im Laufe der Debatte wird festgestellt, dass dieses Angebot von sozial benachteiligten Familien nicht ausreichend in Anspruch genommen wird.

Einerseits regt Gemeinderatsmitglied Tun Gierenz (CSV) an, dass in den Schulen mehr über dieses Angebot informiert wird, andererseits weist er darauf hin, dass insbesondere sozial benachteiligte Menschen eher zögern, Fremden Zutritt zu ihrer Wohnung zu geben.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schlägt vor, dass die Gemeinde einen Raum für diese Kurse zur Verfügung stellen könnte, während Gemeinderatsmitglied Lise Jørgensen (DP) vorschlägt, dass diese Nachhilfestunden in den Klassenzimmern stattfinden sollen, was jedoch nicht dem Konzept der "Super Seniors" entspricht.

Gemeinderatsmitglied Anne-Marie Linden (déi Gréng) merkt an, dass viele Kinder nachmittags in der Maison Relais sind, so dass niemand zu ihnen nach Hause kommen kann, wobei sich die Frage stellt, ob es Außenstehenden erlaubt ist, für solche Kurse in die Maison Relais zu kommen.

6. Genehmigung der Verwaltungs- und Haushaltsrechnung für die Jahre 2018, 2019, 2020 und 2021.

Bevor sie im Detail auf die verschiedenen Einwände des Innenministeriums gegen die Rechnungslegung für die Jahre 2018 bis 2021 eingeht, stellt die Schöffin Anne Arend (CSV) fest, dass trotz dieser Beanstandungen die Haushaltzzahlen über die Jahre hinweg positiv waren.

Zu den Beanstandungen der Jahre 2018 bis 2021, die nun bereinigt wurden, gehörte u.a. die verspätete Einreichung der Abrechnungen beim Ministerium, was nunmehr ordnungsgemäß erfolgt ist. Weitere Kritikpunkte waren, dass diverse Gemeindebeamte im Rahmen ihrer Tätigkeit geringfügige Abgaben eintrieben, dass die Eigentumsverhältnisse am Kirchengebäude nicht geklärt waren und eine entsprechende Vereinbarung fehlte, dass die Anpassungen der Grundsteuer nicht beim Ministerium eingegangen waren, dass es keine steuerliche Regelung für die „Nuits blanches“ gab, dass die Miete für das Grundstück von Les Thermes nicht reglementiert war, dass die Abwassergebühr von 2019 bis 2021 keine Sonderregelung für das Hotel- und Gaststättengewerbe (Horesca) vorsah, dass die Reinigungsarbeiten für die Gemeinde ohne vorherige Ausschreibung vergeben worden waren, dass die Miete für das Ärztehaus nicht vorab vom Ministerium genehmigt wurde, dass das Reglement über die Hundesteuer nicht beim Ministerium eingereicht worden war usw.

Weitere Themen waren die Abrechnung von Essen auf Rädern, die notwendige getrennte Erfassung

von Restaurantrechnungen und Trinkgeldern, die Eintragung von kommunalen Mitgliedsausweisen bei Vereinen als Zuschüsse, die Rechtmäßigkeit der Übernahme der Transportkosten für Einwohner für die Covid-Impfung und für Vereine, die Ausgabe von Restaurantgutscheinen für Gemeindeangestellte als Ersatz für die infolge von Covid abgesagte Weihnachtsfeier, fehlerhafte Eintragungen, die im ordentlichen Haushalt statt im außerordentlichen Haushalt verzeichnet wurden, oder Tauschgeschäfte, die gegeneinander aufgerechnet wurden, statt sie einerseits als Einnahmen und andererseits als Ausgaben zu verbuchen. Zu jedem dieser Punkte erläutert die Schöffin Anne Arend (CSV) den Stand der Dinge und die Lösungsstrategie, sofern vorhanden.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) dankt der Schöffin für ihre ausführliche Darstellung des Sachverhalts und bedauert, dass die Schöffin nun das wiedergutmachen müsse, was ihr Vorgänger versäumt habe.

Es handele sich hierbei um eine "Misswirtschaft", die der Gemeinde Strassen unwürdig sei, zumal Gemeinderatsmitglied Marc Fischer in verschiedenen Sitzungen mehrfach darauf hingewiesen habe.

Sie sieht darin einen Vertrauensbruch und einen Mangel an Transparenz. Sie hinterfragt insbesondere den Posten für geringfügige Ausgaben des Schöffenkollegiums, bei dem ihrer Meinung nach aus den Restaurantrechnungen klar hervorgehen muss, wer mit dabei war.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) verspricht darauf zu achten, dass Derartiges nicht wieder vorkommt. Auch er sei alles andere als erfreut über das, was passiert sei, aber man könne das Rad nicht zurückdrehen.

Gemeinderatsmitglied Lise Jørgensen (DP) schlägt vor, eine Dienstanweisung bezüglich der Verhaltensregeln in den jeweiligen Fällen zu erarbeiten.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) schlägt vor, bei Arbeitsessen der Gemeinde den Grund für die Anwesenheit und die Zahl der Teilnehmer anzugeben und dass ein System für die Verzehrgutscheine eingeführt werden soll, damit jeder Einblick in die Einnahmen und Ausgaben bei Gemeindeveranstaltungen hat.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) empfiehlt, ein Budget für die Arbeitsessen der Gemeinde vorzusehen, das transparent sei und von der Verwaltung eingehalten werden müsse.

In getrennten Abstimmungen werden die Verwaltungskonten (Rechnungslegung des Schöffenkollegiums) für die Jahre 2018, 2019, 2020 und 2021 mit den fünf Gegenstimmen der DP-Opposition angenommen, während die Rechnungslegung des Gemeindeeinnehmers (Haushaltsrechnung) für die Jahre 2018, 2019, 2020 und 2021 einstimmig angenommen wird.

7. Urbanismus :

a) Beschluss im Rahmen der punktuellen Änderung des Teilbebauungsplans (PAG) „Tiny Houses“.

Da die sogenannten „Tiny Houses“ als Einfamilienhäuser gelten, ist diesbezüglich keine Änderung des PAG erforderlich.

Alle Gemeinderatsmitglieder sind damit einverstanden.

8. Festlegung der Bedingungen für die Vermietung von „Tiny Houses“ durch die Gemeinde.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) stellt die Bedingungen für die Vermietung von „Tiny Houses“ durch die Gemeinde Strassen vor.

Beispielsweise dürfen sie nur an Personen vermietet werden, die seit zehn Jahren in Strassen leben, maximal zwei Personen dürfen bis zu höchstens fünf Jahre dort wohnen. Das Bruttoeinkommen der Bewohner darf 100.000 € pro Jahr nicht überschreiten, die monatliche Miete beträgt 800 € zuzüglich Nebenkosten und bei gleichwertigen Bewerbern wird die Entscheidung per Losverfahren getroffen.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) beanstandet die zu hohe Miete und die Festlegung einer Einkommensobergrenze von 100.000 €.

Es folgt eine lange Diskussion über die Bestimmung, die besagt, dass es sich nicht um eine Sozialwohnung handelt, über die Höhe der Miete im Vergleich zum Kaufpreis, über die mögliche Nicht-Berücksichtigung von

Personen, die sich für diese Lebensweise entscheiden, aber ein zu hohes Einkommen haben, über die Frage, was passiert, wenn ein Paar ein Kind bekommt und über eine präzisere Formulierung der Bedingungen.

Diese wurden dann abgeändert, indem angegeben wird, dass es sich um das Haus in der Rue Henri Dunant handelt, dass Vorrang gewährt wird, wenn eine der beiden Personen 10 Jahre lang in Strassen gelebt hat, und dass das Haus als fester Wohnsitz verwendet wird.

Die Bedingungen werden in dieser abgeänderten Fassung einstimmig angenommen.

9. Verabschiedung des Reglements für die 12. Biennale für zeitgenössische Kunst.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt das neue Reglement für die 12. Biennale für zeitgenössische Kunst im Detail vor.

Die wichtigste Änderung dabei ist, dass die Biennale unter ein bestimmtes Thema gestellt wird.

Dieses Thema wird den Teilnehmern im Voraus mitgeteilt und wird auch in der luxemburgischen Presse und in den Grenzregionen der Nachbarländer beworben.

Die Teilnehmer unterschreiben das Reglement und reichen ein Dossier bei der Jury ein, welches von dieser geprüft wird. Im Rahmen einer Vorauswahl entscheidet sie, wer seine Werke der physischen Jury unterbreiten darf, um zur Teilnahme an der Ausstellung zugelassen zu werden.

Die Zusammensetzung der Jury wird vom Schöffenkollegium bestimmt, welches jedoch unter keinen Umständen selbst in der Jury vertreten sein darf.

Außerdem treten neue Versicherungsbestimmungen in Kraft.

Das Reglement wird einstimmig angenommen.

10. Personalangelegenheiten :

a) Schaffung einer Stelle für einen Mitarbeiter mit manueller Tätigkeit.

Die Mitglieder des Gemeinderats genehmigen einstimmig die Schaffung eines Arbeiterpostens als Lagerassistent im Hygiene-Team.

11. Verschiedenes.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) verweist auf die Termine der nächsten Gemeinderatssitzungen und informiert die Gemeinderatsmitglieder, dass das Ministerium die Genehmigung für ein zuvor vorgestelltes Bauprojekt verweigert hat.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) beanstandet, dass es Probleme mit der Stromversorgung gibt.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) erkundigt sich, warum Verkehrsschilder abgedeckt werden. Laut Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) wird die Abdeckung bei Inkrafttreten des entsprechenden Verkehrsreglements wieder entfernt.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch weist auch auf die Notwendigkeit hin, die Behindertenparkplätze in der Nähe der Sporthalle weiterhin zur Verfügung zu halten.

Gemeinderatsmitglied Laurent Braun (CSV) stellt fest, dass derzeit 30% der Neuwagen Elektrofahrzeuge sind, und empfiehlt der Gemeinde, geeignete Ladestationen bereitzustellen.

Auf die Frage von Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP), bezüglich des Datums der Eröffnung des Lion d'Or, entgegnet Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV), dass die Arbeiten nach Plan verlaufen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schlägt vor, dass bei der nächsten Baumpflanzaktion für Neugeborene am Pflanzort ein Zelt und eine Bar für die Besucher vorgesehen werden sollen. Des Weiteren regt sie an, dass auch die Seniorennkommission bei der Erstellung des Sozialplans für Menschen mit Behinderungen eingebunden werden soll. Außerdem sollten ihrer Meinung nach die Betroffenen erneut über die Bestimmungen zu Windeln für Kleinkinder und zur Mülltrennung in Kenntnis gesetzt werden.

Die nächste Sitzung des Gemeinderats von Strassen findet am 7. Dezember statt.

Séance du conseil communal du 16 novembre 2023

FR

ORDRE DU JOUR

- 1. Confirmation de plusieurs règlements temporaires sur la circulation.**
- 2. Approbation du budget de l'office social pour l'année 2024.**
- 3. Adoption des objectifs du Pacte Climat 2.0.**
- 4. Adoption d'une convention avec la « Superdreckskesch ».**
- 5. Approbation d'un avenant à la convention avec l'a.s.b.l. Mouvement pour l'Égalité des Chances pour Tous.**
- 6. Approbation des comptes administratifs et de gestion des années 2018, 2019, 2020 et 2021.**
- 7. Urbanisme :**
 - a) Décision dans le cadre de la modification ponctuelle PAG « Tiny Houses ».**
- 8. Fixation des conditions de location des « Tiny Houses » par la commune.**
- 9. Adoption du règlement relatif à la 12^e biennale d'art contemporain.**
- 10. Affaires de personnel :**
 - a) Création d'un poste de salarié à tâche manuelle.**
- 11. Divers.**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV), Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Marc Fischer (DP) ; Jean-Claude Roob (LSAP) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal.

Au début de la séance, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) excuse l'absence des conseillers Marc Fischer (DP), Dan Thein (DP) et Jean Claude Roob (LSAP), pour lesquels les conseillères Martine Dieschburg-Nickels (DP) et Lise Jørgensen (DP) ainsi que l'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) voteront par délégation.

1. Confirmation de plusieurs règlements temporaires sur la circulation.

Quatre règlements de circulation temporaires d'urgence, concernant la fermeture partielle de la rue des Mérovingiens, la fermeture partielle de la rue Kaltacht (toutes deux à partir du 30 octobre jusqu'à la fin des travaux), la réglementation par feux tricolores et la fermeture de la rue des Primevères du 13 novembre jusqu'à la fin des travaux, et la fermeture à une voie de la rue des Carrefours à partir du 8 novembre jusqu'à la fin des travaux.

Ce règlement est adopté à l'unanimité.

2. Approbation du budget de l'office social pour l'année 2024.

D'après le rapport détaillé de l'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP), on peut voir que pour l'exercice 2024, les recettes de 803.620 € par rapport à l'année précédente (677.618 €) tout comme les dépenses de 822.723 € (contre 677.595 €) ont augmenté en raison de l'inflation.

L'échevine a également évoqué l'aide fournie par l'Office Social de Strassen, dont 35 % sont allés à des Luxembourgeois, 36 % à des citoyens de l'UE et 21 % à des ressortissants de pays tiers.

35 % d'entre eux sont des célibataires, 21 % sont des couples, mais il y a aussi des ménages comptant jusqu'à 13 personnes, dont la plupart ont de faibles revenus ou vivent de REVIS. 85 ménages sont pris en charge par l'Épicerie Sociale, 82 bénéficient d'une aide sociale et 12 n'ont pas de résidence permanente, de nombreux bénéficiaires de l'aide sociale vivant dans des chambres-café. Dans 30 cas, une aide financière a été demandée, 25 aides ménagères, 21 formations professionnelles, 29 demandes de logement ont été traitées et 13 ont

reçu une aide pour des écrits juridiques. Au total, les assistantes sociales ont visité 44 appartements et ont suggéré des mesures d'entretien et d'austérité, et des subventions au loyer ont été accordées dans 53 cas. 21 personnes ont pu bénéficier de formations, tandis qu'un total de 56 personnes a participé à des ateliers auxiliaires de travail créatif et de menuiserie ou de cuisine anti-gaspillage alimentaire resp. de pâtisserie.

Au nom de la commune, l'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) remercie les assistantes sociales Vanessa Hintgen et Roxanne Moors, le secrétaire communal Christian Müller ainsi que Laurent Reyter pour leur engagement dans le secteur social.

Dans ce remerciement, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) ainsi que les orateurs des groupes politiques représentés au conseil communal incluent également l'ensemble de la commission de l'Office Social autour de sa présidente Josée Majerus.

Le budget de l'Office Social est adopté à l'unanimité.

3. Adoption des objectifs du Pacte Climat 2.0.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) présente les objectifs du Pacte Climat 2.0, où la commune de Strassen n'a actuellement que le statut de commune participante, et l'objectif est d'obtenir ici une première certification et de se rapprocher des objectifs nationaux souhaités d'ici 2030.

Pour y parvenir, la commune de Strassen souhaite réduire la consommation d'eau sur le territoire communal à 140 litres par habitant et par jour ; atteindre une part de 30,5 % d'énergie de chauffage renouvelable dans les bâtiments communaux et réduire de 31 % la consommation d'énergie de chauffage dans ces bâtiments.

La consommation d'électricité doit être réduite de 10% et la part du photovoltaïque doit être portée à 25%. 49% du parc de véhicules communaux doivent être électriques, dans le but d'améliorer les objectifs du Pacte Climat de 1,9% par an.

Pour fournir des conseils énergétiques aux citoyens, 10 consultations pour 1.000 habitants doivent être

réalisées par an, ce qui correspond à 100 consultations par an avec environ 10.000 habitants à Strassen.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) remercie tous ceux qui ont contribué à l'objectif climatique et au Pacte Climat et déclare que dans les années à venir, la commune essayera de devenir plus forte dans le domaine du photovoltaïque.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) souligne que les subsides communaux correspondants dans ce domaine sont faibles par rapport à d'autres communes de Strassen, ce à quoi l'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) informe qu'une modification des subsides écologiques est déjà préparée et prévue dans le prochain budget.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) veut également savoir ce qu'il en est des illuminations de Noël cette année. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) confirme que l'éclairage réduit, se concentrant autour du centre du village comme les années précédentes, sera conservé.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) félicite la commune pour ces objectifs ambitieux, même si tout ne peut pas être atteint dans le court laps de temps qui nous sépare de 2030.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'enquiert du bilan énergétique actuel de la commune afin de se faire une idée de la situation actuelle et de la direction à suivre. Elle souligne aussi que des communes telles que Bertrange et Schuttrange, qui ont adhéré au pacte climatique pratiquement en même temps que Strassen, ont déjà plus à montrer dans ce domaine.

Les objectifs du Pacte Climat 2.0 sont adoptés à l'unanimité.

4. Adoption d'une convention avec la « Superdreckskeskht ».

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) explique la convention avec la « Superdreckskeskht », qui vise à obtenir le label SDK. Jusqu'à présent, le tri des déchets était effectué par le service technique communal. À l'avenir, tous les concierges des bâtiments communaux seront responsables de l'élimination sélective des

déchets dans leur bâtiment après une formation appropriée dispensée par le SDK.

Seul l'enlèvement des déchets est payant, tandis que l'adhésion à la SDK et les conseils sont gratuits.

En réponse à la question du conseiller Nicolas Kandel (DP) de savoir si la commune est également responsable du centre d'intervention, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) déclare que la commune est responsable lorsqu'elle est responsable des bâtiments.

La conseillère communale Martine Dieschburg-Nickels (DP) souligne à cet égard l'emplacement de la barrière sur le chemin rural derrière les premières maisons de la rue Mathias Goergen, où des déchets sont déposés, de sorte qu'une poubelle devrait être installée ici.

La convention avec la SDK est adoptée à l'unanimité.

5. Approbation d'un avenant à la convention avec l'a.s.b.l. Mouvement pour l'Égalité des Chances pour Tous.

Dans le cas de l'ajustement des coûts dans la Convention sur l'aide scolaire des enfants par les « Super Seniors », la contribution communale est fixée à 0,8 € par habitant et est liée à l'augmentation de l'indice des prix.

Cet ajustement est adopté à l'unanimité.

Au cours des discussions, il est constaté que ce service n'est pas suffisamment utilisé par les familles socialement défavorisées.

D'une part, le conseiller Tun Gierenz (CSV) suggère que ce service soit mieux connu dans les écoles et, d'autre part, souligne que les personnes socialement défavorisées en particulier sont plus réticentes à laisser entrer des étrangers chez elles.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) suggère que la commune pourrait peut-être mettre à disposition une salle pour ces cours, tandis que la conseillère Lise Jørgensen (DP) suggère que ces cours de rattrapage devraient avoir lieu dans les classes, mais cela ne correspond pas au principe des « super seniors ».

La conseillère Anne-Marie Linden (déri Gréng) souligne que beaucoup d'enfants sont à la Maison Relais l'après-midi, de sorte que personne ne peut venir chez eux, alors que la question se pose de savoir si des personnes externes sont autorisées à venir à la Maison Relais pour de tels cours.

6. Approbation des comptes administratifs et de gestion des années 2018, 2019, 2020 et 2021.

Avant d'énumérer en détail les différentes objections formulées par le ministère de l'Intérieur concernant les comptes des années 2018 à 2021, l'échevine Anne Arend (CSV) note que, malgré ces critiques, les chiffres budgétaires ont été positifs au fil de ces années.

Les objections des années 2018 à 2021, qui ont maintenant été ajustées, comprenaient e.a. le dépôt tardif des comptes au ministère, ce qui est maintenant conforme. D'autres points de critique étaient le fait que divers fonctionnaires communaux collectaient des petites taxes dans le cadre de leur tâche, que la propriété du bâtiment de l'église n'avait pas été clarifiée et qu'il manquait une convention correspondante, que les ajustements des impôts fonciers n'étaient pas parvenus au ministère, qu'il n'y avait pas de réglementation fiscale pour les nuits blanches, que le loyer du terrain des Thermes n'était pas réglementé, que la taxe sur les eaux usées de 2019 à 2021 ne prévoyait pas de réglementation spéciale pour l'Horesca, que les travaux de nettoyage de la commune avaient été attribués sans appel d'offres préalable, que le loyer du Centre médical n'a pas été approuvé au préalable par le ministère, que le règlement concernant la taxe canine n'avait pas été soumis au ministère, etc.

Parmi les autres questions soulevées, citons la facturation des repas sur roues, la séparation nécessaire des factures de restaurant et des pourboires, l'enregistrement des cartes de membre communales auprès des associations en tant que subventions, la légalité de la prise en charge des frais de transport des résidents pour la vaccination Covid et pour des associations, l'émission de coupons de restaurant pour les employés communaux en remplacement de la fête de Noël annulée suite au Covid, les inscriptions incorrectes, notées au budget ordinaire au lieu de figurer au budget extraordinaire, ou des opérations

d'échange qui ont été compensées les unes contre les autres au lieu d'être enregistrées en recettes d'une part et en dépenses d'autre part. Pour chaque point, l'échevine Anne Arend (CSV) explique le statut actuel et la stratégie de résolution, le cas échéant.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) remercie l'échevine pour sa présentation détaillée des faits et regrette que l'échevine doive maintenant réparer ce que son prédécesseur n'a pas fait.

Il s'agirait ici d'une « gabegie » indigne de la commune de Strassen, d'autant plus que le conseiller Marc Fischer l'avait souligné à plusieurs reprises lors de diverses séances.

Elle y voit un abus de confiance et un manque de transparence. Elle s'interroge notamment sur le poste des menues dépenses du collège échevinal pour lequel elle estime que les factures de restaurant doivent indiquer clairement qui a participé.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) promet qu'on veillera à ce que cela ne se reproduise plus. Il n'aime pas non plus ce qui s'est passé, mais on ne peut pas revenir en arrière.

La conseillère communale Lise Jørgensen (DP) propose d'élaborer une note de service sur la manière de se comporter dans chaque cas.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) suggère que le motif et le nombre de participants lors de dîners communaux soient indiqués et qu'un système soit mis au point concernant les bons de consommation, afin que tout le monde connaisse les revenus et les dépenses des événements communaux.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) recommande qu'un budget soit établi pour les dîners communaux qui soit transparent et serait à respecter par l'administration.

Lors de votes séparés, les comptes administratifs (Comptes du collège échevinal) de 2018, 2019, 2020 et 2021 sont approuvés contre les cinq voix de l'opposition DP, tandis que les comptes du receveur communal (comptes de gestion) pour les années 2018, 2019, 2020 et 2021 sont approuvés à l'unanimité.

7. Urbanisme :

a) Décision dans le cadre de la modification ponctuelle PAG « Tiny Houses ».

Étant donné que les soi-disant « Tiny Houses » sont considérées comme des maisons unifamiliales, il n'est pas nécessaire de modifier le PAG en conséquence.

Tous les membres du conseil communal sont d'accord sur ce point.

8. Fixation des conditions de location des « Tiny Houses » par la commune.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) présente les conditions qui s'appliqueront à la location de « Tiny Houses » par la commune de Strassen.

Par exemple, ils ne doivent être loués qu'à des personnes qui vivent à Strassen depuis dix ans, un maximum de deux personnes peut y vivre pendant un maximum de cinq ans. Le revenu brut des résidents ne peut pas dépasser 100.000 € par an, le loyer mensuel est de 800 € plus les charges et dans le cas de candidats équivalents, la décision est prise par tirage au sort.

Le conseiller communal Nicolas Kandel (DP) se plaint du loyer trop élevé et de la fixation d'un plafond de revenus de 100.000 €.

S'ensuit une longue discussion sur la disposition selon laquelle il ne s'agit pas d'un logement social, sur le montant du loyer par rapport au prix d'achat, sur la prévention possible des personnes qui choisissent ce mode de vie, mais qui ont des revenus trop élevés, sur ce qui se passe, si un couple donne naissance à un enfant, et sur une formulation plus précise des conditions.

Celles-ci ont ensuite été changées en précisant qu'il s'agit de la maison sise dans la rue Henri Dunant, que priorité est donnée si une des deux personnes a vécu à Strassen pendant 10 ans, et que la maison est utilisée comme résidence permanente.

Avec ces amendements, les conditions sont adoptées à l'unanimité.

9. Adoption du règlement relatif à la 12^e biennale d'art contemporain.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) présente en détail le nouveau règlement de la 12^e Biennale d'art contemporain.

Le point principal qui change est le fait que la Biennale sera placée sous un thème spécifique.

Ce thème sera communiqué à l'avance aux participants et fera également l'objet d'une publicité dans la presse luxembourgeoise et dans d'autres pays de la région limitrophe.

Les participants signent le règlement et soumettent un dossier au jury, qui l'examine et décide lors d'une présélection qui sera admis à proposer ses œuvres au jury physique pour être admis à l'exposition.

La composition du jury est déterminée par le collège échevinal, qui n'est toutefois en aucun cas représenté au sein du jury.

De plus, de nouvelles réglementations en matière d'assurance entreront en vigueur.

Le règlement est adopté à l'unanimité.

10. Affaires de personnel :

a) Création d'un poste de salarié à tâche manuelle.

Les membres du conseil communal approuvent à l'unanimité la création d'un poste d'ouvrier en tant qu'assistant magasinier dans l'équipe d'hygiène.

11. Divers.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) renvoie aux dates des prochaines séances du conseil communal et

informe les conseillers que le ministère n'a pas approuvé un projet de construction présenté antérieurement.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) pointe du doigt les problèmes d'électricité.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) demande pourquoi des panneaux de signalisation sont voilés. Selon le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV), ceux-ci seront découverts lors de l'entrée en vigueur du règlement de la circulation correspondant.

Le conseiller Paul Klensch rappelle également de garder les emplacements de stationnement pour personnes à mobilité réduite auprès du hall des sports disponibles à cette fin.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) constate qu'actuellement 30 % des voitures neuves sont électriques et conseille à la commune de mettre en place des bornes de recharge appropriées.

En réponse à une question du conseiller Nicolas Kandel (DP) sur la date d'ouverture du Lion d'Or, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) répond que les travaux avancent comme prévu.

La conseillère communale Martine Dieschburg-Nickels (DP) suggère qu'une tente et un bar pour les visiteurs soient prévus pour la prochaine campagne de plantation d'arbres pour les nouveau-nés à l'endroit de plantation. Elle propose par ailleurs que la commission du troisième âge soit également associée à l'élaboration du Plan social pour les personnes handicapées. En outre, selon elle, les personnes concernées devraient être à nouveau informées de la réglementation sur les couches pour les jeunes enfants et le tri des déchets.

La prochaine séance du conseil communal de Strassen aura lieu le 7 décembre.

Meeting of the Communal Council of 16 November 2023

AGENDA

1. Confirmation of several temporary traffic regulations.
2. Approval of the Social Office budget for 2024.
3. Adoption of the objectives of the Climate Pact 2.0.
4. Adoption of an agreement with the "Superdreckskesch" (SDK).
5. Approval of an amendment to the agreement with the "Mouvement pour l'Égalité des Chances pour Tous" a.s.b.l. ("Equal Opportunities for All").
6. Approval of the administrative and management accounts for 2018, 2019, 2020 and 2021.
7. Urban planning:
 - a) Decision on a one-off amendment for the "Tiny Houses" General Development Plan (PAG).
8. Terms and conditions for the rental of tiny houses by the Commune.
9. Adoption of the regulation governing the 12th Contemporary Art Biennial.
10. Staff matters:
 - a) Creation of a warehouse worker position.
11. Any other business.

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), aldermen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng), members of the Communal Council. Secretary: Christian Muller.

EXCUSED

Marc Fischer (DP); Jean-Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), members of the Communal Council.

At the start of the meeting, Mayor Nicolas Pundel (CSV) excused councillors Marc Fischer (DP), Dan Thein (DP) and Jean Claude Roob (LSAP), for whom councillors Martine Dieschburg-Nickels (DP) and Lise Jørgensen (DP) and Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) would act as proxies.

1. Confirmation of several temporary traffic regulations.

Four urgent temporary traffic regulations were approved. They concerned:

- the partial closure of Rue des Mérovingiens (from 30 October until the end of the works),
- the partial closure of Rue Kaltacht (from 30 October until the end of the works),
- the installation of traffic lights and closure of Rue des Primevères (from 13 November until the end of the works), and
- the closure down to one lane on Rue des Carrefours (from 8 November until the end of the works).

The traffic regulations were adopted unanimously.

2. Approval of the Social Office budget for 2024.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) presented a detailed report on the 2024 financial year, with a revenue of EUR 803,620 (compared to EUR 677,618 the previous year) and expenditure of EUR 822,723 (compared to EUR 677,595 in 2023), the increases being due to inflation.

The Alderman also mentioned the assistance provided by the Strassen Social Office, 35% of which went to Luxembourg nationals, 36% to EU citizens and 21% to third-country nationals.

35% of recipients were single and 21% were couples, but there were also households composed of up to 13 people, most of whom were low-income earners or REVIS (social inclusion income) beneficiaries. 85 households went to the Social Grocery Shop, 82 received welfare and 12 had no permanent residence.

Many recipients of social benefits lived in boarding houses. In 30 cases, financial assistance had been requested, 25 applicants had requested domestic help, 21 asked for vocational training courses, 29 housing applications were processed and 13 individuals received help with legal documents. In all, the social workers visited 44 households and suggested maintenance and budgetary measures. Rent subsidies were granted in 53 cases. 21 people were able to attend training courses, while a total of 56 people took part in ancillary workshops in creative work, carpentry or cookery and baking classes that focused on food waste reduction.

On behalf of the Commune, Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) thanked social workers Vanessa Hintgen and Roxanne Moors, Communal Secretary Christian Müller and Laurent Reyter for their commitment to social work.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) also expressed his gratitude to the speakers from the political groups represented at the Communal Council, and Josée Majerus, the head of the Social Office, as well as her entire team.

The Social Office budget was adopted unanimously.

3. Adoption of the objectives of the Climate Pact 2.0.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déri Gréng) presented the objectives of the Climate Pact 2.0, in which the Commune of Strassen only had the status of participating commune for the time being. The aim was to get its first certification and achieve the desired national outcomes by 2030.

To do so, the Commune of Strassen aimed to reduce its water consumption to 140 litres per inhabitant per day, achieve a 30.5% share of renewable energy in the overall power used to heat communal buildings, and reduce energy consumption for heating in communal buildings by 31%.

Another goal was to cut electricity consumption by 10% and increase the share of photovoltaic energy to 25%. 49% of the communal vehicle fleet should be electric. Overall, the aim was to move closer to the objectives of the Climate Pact by 1.9% per year.

To provide citizens with energy advice, 10 consultations per 1,000 inhabitants would have to be carried out per year, corresponding to 100 consultations a year for around 10,000 inhabitants in Strassen.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) thanked all those who had contributed to the climate targets and the Climate Pact. He added that in the coming years, the Commune would focus on increasing its usage of photovoltaics.

Councillor Nicolas Kandel (DP) pointed out that the corresponding communal subsidies in this area were low compared to other communes. In response, Alderman Maryse Bestgen-Martin (déri Gréng) informed the Council that a modification to the ecological subsidies has already been drafted and that it would be included in the next budget.

Councillor Nicolas Kandel (DP) also asked about this year's Christmas lights. Mayor Nicolas Pundel (CSV) confirmed that the reduced lighting plan around the town centre would be maintained, in line with the former years.

Councillor Laurent Braun (CSV) congratulated the Commune on its ambitious goals, even if not everything could be achieved by 2030.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked about the Commune's current energy balance in order to get an idea of the situation and what remained to be done. She also pointed out that communes such as Bertrange and Schuttrange, which had joined the Climate Pact at virtually the same time as Strassen, had already achieved better results.

The goals of the Climate Pact 2.0 were adopted unanimously.

4. Adoption of an agreement with the “Superdreckskescht” (SDK).

Alderman Maryse Bestgen-Martin (déri Gréng) explained the contents of the agreement with the “Superdreckskescht” (SDK). The aim was to obtain the SDK label. Until then, the Communal Technical Service was in charge of sorting waste. In future, the caretakers of communal buildings would be responsible for sorting

waste in their buildings, as per the training provided by the SDK.

Only the removal of the waste itself would be charged, not SDK membership or counselling.

In response to a question from Councillor Nicolas Kandel (DP) as to whether the Commune would also be responsible for the intervention centre, Mayor Nicolas Pundel (CSV) said that it would be the case indeed if it was responsible for the buildings in question.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) mentioned the location of the barrier on the country road behind the first houses on Rue Mathias Goergen. Rubbish was deposited there, so a bin was required.

The agreement with the SDK was adopted unanimously.

5. Approval of an amendment to the agreement with the “Mouvement pour l’Égalité des Chances pour Tous” a.s.b.l. (“Equal Opportunities for All”).

Costs were adjusted for the “Super Seniors” programme to help children. The Commune’s contribution was set at EUR 0.8 per inhabitant and was linked to the price index increase.

This adjustment was adopted unanimously.

Discussions revealed that this service was not sufficiently used by socially disadvantaged families.

Councillor Tun Gierenz (CSV) suggested that the service be promoted more in schools. He also pointed out that socially disadvantaged people in particular were more reluctant to let foreigners into their homes.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) said that the Council could possibly make a room available for tutoring. Councillor Lise Jørgensen (DP) added that such lessons should take place in classrooms, but that that was not in line with the underlying philosophy of the “Super Seniors”.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) pointed out that many children went to the Maison Relais in the afternoons, so it was not possible to give them tutoring

at home. The question therefore arose as to whether non-staff should be allowed in the Maison Relais for tutoring.

6. Approval of the administrative and management accounts for 2018, 2019, 2020 and 2021.

Before listing the various objections raised by the Ministry of the Interior concerning the accounts for the years 2018 to 2021 in detail, Alderman Anne Arend (CSV) noted that the budget figures had been positive over the years, despite the criticism received.

Objections for the years 2018 to 2021 included the late submission of accounts to the Ministry, amongst others. This had now been remedied to. Other points of criticism included: the fact that various communal officials were collecting small taxes as part of their duties; the ownership of the church building had not yet been clarified, and that there was no corresponding agreement regarding the matter; that property tax adjustments had not yet been communicated to the Ministry; that there were no tax regulations for the “nuits blanches”; the rent for the “Thermes” had not been officially fixed; the wastewater tax for 2019 to 2021 did not include any special regulations for Horesca; the communal cleaning contract had been awarded without a prior call for tenders; the rent for the Medical Centre had not been approved in advance by the Ministry; the regulations concerning the dog tax had not been submitted to the Ministry, etc.

Other issues raised included the invoicing of meals on wheels; the required separation on restaurant bills of invoiced food/drink and tips; the registration of communal membership cards with associations; the legality of covering residents’ transport costs for the Covid vaccination and for associations; the issuing of restaurant vouchers for communal employees to replace the Christmas party cancelled following Covid; incorrect entries noted in the ordinary budget instead of in the extraordinary budget; exchange transactions that were offset against each other instead of being recorded as income on the one hand and expenditure on the other, etc. For each item, Alderwoman Anne Arend (CSV) explained the current situation and strategy applied to resolve the issues.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) thanked the Alderman for her detailed presentation and said she was sorry that Alderman Anne Arend (CSV) had to fix her predecessor's shortcomings.

This "mismanagement" was unworthy of the Commune, especially as Councillor Marc Fischer had pointed these matters out on several occasions at various meetings.

She saw this as a breach of trust and lack of transparency. In particular, she questioned the item of out-of-pocket expenses for the Aldermen's College, where she felt that restaurant bills should clearly indicate who had been.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) promised that this would not happen again. He too was disappointed, but there was no going back in time.

Communal Councillor Lise Jørgensen (DP) suggested drawing up a memo on what to do in each case.

Councillor Paul Klensch (LSAP) suggested that the reason and number of participants at communal dinners should be indicated, and that a system should be developed for vouchers. In that way, everyone would know the details concerning revenue and expenditure resulting from communal events.

Councillor Nicolas Kandel (DP) recommended that a transparent and binding budget be drawn up for communal dinners.

In separate votes, the administrative accounts (Aldermen's College accounts) for 2018, 2019, 2020 and 2021 were approved, with five votes against from the DP. The accounts of the Communal Receiver (management accounts) for 2018, 2019, 2020 and 2021 were approved unanimously.

7. Urban planning:

a) Decision on a one-off amendment for the "Tiny Houses" General Development Plan (PAG).

Since tiny houses were considered single-family homes, there was no need to amend the PAG.

All the members of the Communal Council agreed on this point.

8. Terms and conditions for the rental of tiny houses by the Commune.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) presented the conditions that would apply to the rental of so-called tiny houses by the Commune of Strassen.

For example, they could only be rented to people who had lived in Strassen for ten years, with a maximum of two people being allowed to live there for a maximum of five years. The gross income of the residents could not exceed EUR 100,000 per year. The monthly rent would be EUR 800 plus bills, and in the case of equally qualified candidates, the tiny house would be given to the winning candidate by means of a random draw.

Councillor Nicolas Kandel (DP) complained about the rent being too high and the income ceiling of EUR 100,000.

A lengthy discussion followed on the fact that this was not considered social housing, on the amount of rent compared to the purchase price, on the fact that people choosing this lifestyle but having a high income should not be beneficiaries of the programme, on what would happen if a couple had a child, and on more precise wording of the conditions.

The conditions were then amended, specifying that the property concerned was located in rue Henri Dunant, that priority would be given to people having lived in Strassen for 10 years, and that the tiny house had to be used as a permanent residence.

With these amendments, the conditions were adopted unanimously.

9. Adoption of the regulation governing the 12th Contemporary Art Biennial.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) presented the new regulations for the 12th Contemporary Art Biennial in depth.

The main change was that the Biennial would have a specific theme, which would be communicated to the

participants in advance and would be publicised in the press, both in Luxembourg and in the neighbouring region.

Participants would sign a declaration stating their compliance with the rules and then submit a file to the jury, which would then examine it during a pre-selection process. Following that first stage, the selected candidates would then submit their work to the jury for their final admission to the exhibition.

The composition of the jury would be determined by the College of Aldermen. However, under no circumstances would the College itself be represented on the jury.

In addition, new insurance regulations would come into force.

The rules were adopted unanimously.

10. Staff matters:

a) Creation of a warehouse worker position.

The members of the Communal Council unanimously approved the creation of a position for a warehouse assistant in the Hygiene Team.

11. Any other business.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) gave the dates of forthcoming meetings and informed the councillors that the Ministry had not approved a previously submitted building project.

Councillor Nicolas Kandel (DP) mentioned electricity problems.

Councillor Paul Klensch (LSAP) asked why some traffic signs were covered. Mayor Nicolas Pundel (CSV) answered that the coverings would be removed once the relevant traffic regulations came into force.

Councillor Paul Klensch also reminded the participants that the disabled parking spaces at the sports hall had to be respected.

Councillor Laurent Braun (CSV) noted that 30% of all new cars were electric, and therefore he recommended that the Commune install more charging points.

In response to a question from Councillor Nicolas Kandel (DP) about the opening date of the “Lion d’Or”, Mayor Nicolas Pundel (CSV) replied that the works were progressing according to plan.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) suggested that a tent and a bar for visitors be provided at the next tree-planting campaign, and that facilities be available for new-born babies at the planting site. She also suggested that the Senior Citizens Commission should be involved in drafting the Social Plan for people with disabilities. Finally, she felt that people should be reminded of the nappy regulations and waste sorting.

The next meeting of the Strassen Communal Council was scheduled for 7 December.

